

Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bestandteile: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 23 241
Kurs für Reichspost: Nr. 20 011
Schließung u. Zustellungsstellen:
Dresden - K. 1, Marienstraße 20/22

Wochenheft bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 1,20 RM. (einschließlich 10 Wfg. für Erhö-
lung), durch Postweg 1,20 RM. einschließlich 10 Wfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal
wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Wfg., außerdem Wochen 15 Wfg. Anzeigenpreise: Die
einzelne Seite 80 mm breite Zeile 25 Wfg., für 6 Spalten 40 Wfg., für 8 Spalten 50 Wfg.,
ausserhalb 100 Wfg. abg. Reklamensätze 11. Textil, Familienanzeigen und Zeitungsanzeigen ohne Rabatt
15 Wfg., ausserhalb 25 Wfg. Offertensätze 20 Wfg. Ausserhalb 30 Wfg. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung.

Dred. u. Verlag: Neiß & Reichardt,
Dresden, Weißhof-Platz, 1068 Dresden
Redaktion nur mit deutl. Unterschrift
(Dresden, Neiß) gültig. Unentgeltlich
Schreibweise werden nicht angesetzt

Ermächtigungsgesetz für mehrere Jahre

Zur Durchführung des Wiederaufbauplanes

Die Sitzung des Reichskabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 15. März. Das Reichskabinett hielt am Mitt-
wochsabend eine Sitzung ab, in der es sich zunächst mit
den Fragen befaßte, die sich aus der Reichstags-
sitzung ergeben. Insbesondere wurde die Frage der Ein-
bringung eines Ermächtigungsgesetzes besprochen.
Wie man hört, wird eine der wichtigsten Bestimmungen
dieses Gesetzes dahingehen, daß die dem Kabinett gegebene
Ermächtigung für mehrere Jahre währt, so daß die
Regierung imstande ist, frei von Einspruchsmöglichkeiten
des Parlaments ihren schon beim Regierungsantritt ange-
kündigten Vierjahresplan durchzuführen. Sodann nahm das
Kabinett einen Bericht über die kommunistischen Un-
ruhen zur Kenntnis, in dem vorgeschlagen wird,

die härtesten Strafen für die Personen vorseht, in deren
Besitz man nach Ablauf einer bestimmten Ablieferungsfrist
noch Sprengstoff vorfindet. Bei diesen Beratungen des
Kabinetts

spielten auch die im Erzgebirge aufgedeckten kom-
munistischen Attentatspläne eine große Rolle.

Tatsächlich wird in kommunistischen Kreisen noch immer die
Absicht verfolgt, lebenswichtige Betriebe mit Hilfe der ge-
stohlenen Sprengstoffe in die Luft gehen zu lassen.

Einen weiteren Teil der Kabinettsberatungen nahm
dann die Frage der Arbeitsbeschaffung ein. Der
Reichskommissar Geyer erstattete hierüber einen Bericht,
auf Grund dessen das Kabinett beschloß, daß vom April d. J.
ab

die sogenannte Einhellungspremie in Fortfall kommt.

Die notwendigen Formalitäten hierfür werden noch fest-
gestellt werden. Sodann wurde noch ein Beschluß gefaßt,
wonach das Reichsinnenministerium mit dem heutigen Tage
das bisher von ihm betraute Rundfunkwesen an das
von Dr. Goebbels geleitete Reichsministerium für Volks-
aufklärung und Propaganda übergibt. Der Rundfunk wird
somit künftig einheitlich aller personellen, politischen,
kulturellen und Programmangelegenheiten von dem neuen
Ministerium bearbeitet werden. Der politische Rundfunk-
kommissar, der bisher seine Befehle vom Reichsinnen-
ministerium erhielt, bekommt sie jetzt vom Propaganda-
ministerium. Die Reichszentrale für Heimat-
ministerien. Die Reichszentrale für die in-
nenpolitische Propaganda befragte, ob sie mit der Bildung
des neuen Ministeriums überflüssig geworden ist, auf-
gelöst worden.

Berspäteter Lügenfeldzug

Das Ausland hat die Berufung der Regierung der
nationalen Erneuerung und ihren großen Wahlsieg vom
5. März mit Ruhe und soweit es uns wohlgeht ist, mit
offenkundiger Genugtuung aufgenommen. Selbst unser
größter Gegner Frankreich hat wider Erwarten zunächst
die Ruhe wenigstens äußerlich bewahrt. Jedenfalls ist in
den entscheidenden Tagen nichts von dem Unfinn ein-
getreten, mit dem die deutsche Linke durch Jahre hindurch
die Wähler zu schrecken suchte, man dürfe nicht national
wählen, weil sonst Frankreich zu Repressalien schreiten
werde. Auch Frankreich hat die Selbstbestimmung Deutsch-
lands schließlich als ein naturnotwendiges Ereignis hin-
nehmen müssen, das seinen Schrecken schon deshalb ver-
loren hatte, weil man es seit Jahren kommen sah. Man
wagte nicht einmal mehr auf die Sanktionsklausel des
Dawson-Vertrags über den Youngplan zurückzuarufen, die
nach französischer Auslegung dann fällig geworden sei, wenn
eine Regierung Hitler-Augenbergs in Deutschland aus-
treten würde. Augenscheinlich haben selbst die größten
Schauvinisten in Frankreich mittlerweile eingesehen, daß
man mit solchen Lächerlichkeiten keine Außenpolitik mehr
treiben könne, wenn man nicht das eigene Land in der
Weltöffentlichkeit blamieren wolle. Daraus kommt, daß es
gefährlich ist, in einer Zeit, in der sich alle Nationen nach
Ruhe und Frieden sehnen, bei jeder unpassenden Gelegen-
heit den Störfaktor zu spielen. Selbst den Trumpf,
daß das Locarno-Abkommen über die Befestigung der
Erbirde noch von keiner Macht ratifiziert sei, vermag
Frankreich nicht mehr gegen uns auszuspielen, nachdem
sich die französische Volksvertretung über rechtswidrige
Schuldverpflichtungen an Amerika mit einer schlichten
parlamentarischen Abstimmung hinweggesetzt hat. Dazu
kommen die inneren Schwierigkeiten wirtschaftspolitischer
Natur, die schwere Krise des demokratischen Systems, das
sich wie überall in der Welt auch in Frankreich als unläslich
erwies, unpopuläre Spar- und Steuermaßnahmen zur
Sanierung des insolventen schrankenlosen Rückzugsvollzugs
aufgeblähten Staatshaushaltes zur Durchführung zu
bringen.

Erst das Bestreben, die eigene Schuld am unvermeid-
lichen Scheitern der Abrüstung auf Deutschland abzuwälzen,
hat die Franzosen veranlaßt, einen Vorstoß gegen Deutsch-
land ins Werk zu setzen, der aber so kläglich gescheitert ist,
daß er lediglich zu einer verdienten Blamase seines He-
rbers vor der Weltöffentlichkeit geführt hat. Der Unid'Orlau
glaubte nämlich, die vorübergehende Unterbringung
von S. K. in einer Polizeikaserne in Rehl liebe
sich zu einem Vorstoß gegen die Bestimmungen des Ver-
sailles-Vertrags über die entmilitarisierte Zone aufbauen,
und gab sich der trägerischen Hoffnung hin, die Unter-
zeichner des Diktats zu einer gemeinsamen Aktion gegen
Deutschland bewegen zu können. Schon lange ringt Frank-
reich darum, namentlich England wieder ins Schlep-
tau seiner Rückzugspolitik in Genf nehmen zu
können. Aber Macdonald hat schließlich nach langem
Zögern und Her sich von der Einflussnahme der Franzosen
und der eigenen frankophilen Elemente im britischen
Kabinettsrat freigestellt, sich den Plänen, Deutschland und
Italien zu isolieren, recht kräftig widersetzt und scheint
nunmehr entschlossen zu sein, seine eigenen Wege zur
Rettung der Abrüstungskonferenz zu suchen. Der durch-
sichtige Versuch, Versailles-Vertrag und sogar den Locarno-
Vertrag zu einem gemeinsamen Vorhaben gegen Deutschland
auszunutzen, hat unter diesen Umständen ein verdient
und schmähliches Fiasko erlitten. Frankreich verlor die
S. K. als eine reguläre Truppe hinzustellen, die die ent-
militarisierte Zone verletzt habe. Ja, der französische Bot-
schafter de Meurien beging sogar die Unvorsichtigkeit, daran
zu erinnern, daß schon ein Präzedenzfall vorliege. Als
nämlich 1920 im Ruhrgebiet ein Kommunistenaufruch aus-
brach und Reichswehr zu seiner Bekämpfung in die ent-
militarisierte Zone entsandt wurde, um ihn zu unter-
drücken, hat Frankreich diesen Anlaß benutzt, um als
Repressalie Frankfurt zu besetzen. Das englische Foreign
Office gab darauf den Franzosen eine Antwort, die sie sich
besser hätten ersparen können. Denn es erinnerte daran,
daß England bereits 1920 gegen diese Haltung Frankreichs
protestiert habe, weil der Einmarsch der Reichswehr zur
Unterdrückung des Kommunistenaufruchs britischerseits
als eine zeitweilige Sicherheitsmaßnahme gebilligt
worden sei, die keinerlei Sanktionen verdient habe. Jetzt
handelt es sich überhaupt nur um eine politische
Organisation, so daß von einer Verletzung des Ver-
sailles-Vertrags keine Rede sein könne. Großbritannien
könne sich demnach unter keinen Umständen irgendeinem
Protektionsritt wegen der derzeitigen Vorgänge in den
Reichslanden anschließen. Gleichzeitig ließ Italiens
Vertreter in Genf Macdonald mitteilen, daß Mussoli-
ni die Einstellung der Nationalsozialisten und des
Stahlhelms als Hilfsvollzieher billigt, da diese Maßnahme
angeht die revolutionären Tage in Deutschland gerecht-
fertigt sei. Die Abgaben Englands und Italiens stehen an
Deutschheit nichts zu wünschen übrig. Frankreich blieb
allein, und als sein Botschafter Francois Boncet
trotzdem glaubte, in Berlin noch Besuche führen zu

Göring wird die Reichstagsitzung eröffnen

Berlin, 15. März. Im Reichstagsgebäude, von dessen
vier Türmen Schwarzweißrote und Hakenkreuzfahnen wehen,
sind am Dienstagabend eine längere Besprechung der
Führer der neuen Reichstagsfraktionen mit Präsident Gö-
ring über den Verlauf der Reichstagsverhandlungen der
nächsten Woche statt. Präsident Göring gab das Programm
für den Staatsakt in Potsdam bekannt und machte dann
für die Mitteilung über den Verlauf der Reichstagsitzung bei
Kroll. Es ist in Aussicht genommen, daß in der Eröff-
nungssitzung die Konstituierung durch Namensaufruf und
die Wahl des Vorstandes erfolgt.

Es soll nunmehr erreicht werden, etwaigen Obstruktionsabsichten
im Reichstag entgegenzutreten zu können. Dadurch würde
verhindert werden, daß etwa durch Fernbleiben bei Abstim-
mungen der Reichstag beschlußunfähig gemacht wird.

Die Einladungen zur Teilnahme an dem Staatsakt in Potsdam
sind von der Reichstagsverwaltung an alle Abgeordneten —
außer den Kommunisten — ergangen. Antworten liegen
bisher noch nicht vor. Wie verlautet, wird das Zentrum
an dem Potsdamer Staatsakt teilnehmen.

Die neuen Mehrheitsverhältnisse

Berlin, 15. März. Da nach den Entschlüssen der auton-
digen Stellen die Kommunisten weder im Reichstag
noch im Preussischen Landtag an den parlamentarischen
Arbeiten beteiligt werden, ergibt sich, daß in beiden Häusern
die nationalsozialistische Fraktion allein über
die einfache Mehrheit verfügt. Der Reichstag, der mit
Einschluß der Kommunisten 647 Mandate umfassen würde,
zählt bei Ausschaltung der 81 KPD-Abgeordneten nur noch
566 Mitglieder.

Die 288 Nationalsozialisten verfügen also bequem über die einfache Mehrheit.

Anderes steht es jedoch um die verfassungsmäßige Zweit-
drittelmehrheit. Hierfür wären im Reichstag noch
Ausschaltung der Kommunisten immerhin noch 370 Stim-
men erforderlich, während die Nationalsozialisten (288) und
die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (52) zusammen nur über
340 Stimmen verfügen. Es müßte also für die Erreichung
der Zweidrittelmehrheit die Stimmabgabe noch von anderen
Fraktionen hinzukommen.

Im Preussischen Landtag

bleiben nach Ausschaltung der 63 kommunistischen Abgeord-
neten noch 411 Mandate übrig. Auch hier haben also die
Nationalsozialisten mit ihren 211 Stimmen allein reichlich
die Mehrheit. Die Zweidrittelmehrheit würde im Preussis-
chen Landtag 274 Stimmen erfordern; Nationalsozialisten
(211) und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (43) haben jedoch
anammen nur 254 Mandate, so daß für den Landtag hin-
sichtlich der Zweidrittelmehrheit das gleiche wie für den
Reichstag gilt.

Reichstagspräsident Göring wird eine Wiederwahl annehmen.

In diesem Zusammenhang ist von den Fraktionsführern
einstimmig der Vorschlag des Reichstagspräsidenten gebilligt
worden, die Geschäftsordnungsgesetze im Hinblick
auf die Verhältnisse des Reichstagspräsidenten dahin zu
ändern, daß statt des Alterspräsidenten der jeweils amtie-
rende Präsident des vorangegangenen Reichstages die
Sitzung eröffnet.

Der Mittwoch wird voraussichtlich wegen des Zusammen-
tritts des Preussischen Landtags Sitzungsfrei bleiben.
Für Donnerstag ist die Entgegennahme einer Rege-
rungserklärung durch den Reichstagspräsidenten in Aussicht
genommen. Diese Regierungserklärung wird über die in
der Potsdamer Garnisonrede von dem Reichstagspräsidenten
abgegebene Erklärung hinaus Einzelheiten enthalten.
Ferner ist die Beratung des Ermächtigungsgesetzes
in Aussicht genommen. Es sollen auch noch einige kleinere
Vorlagen erledigt werden, in der Hauptsache die Abkommen
wäre über die internationalen sozialpolitischen Abkommen
nach der Aussprache über die Regierungserklärung und der
Annahme des Ermächtigungsgesetzes wird sich der Reichstag
dann voraussichtlich auf längere Zeit vertagen. Die erste
Reichstagsitzung wird wahrscheinlich auch im Rundfunk
übertragen werden. Geplant ist ferner eine weitere Ände-
rung der Geschäftsordnung.

Hinsichtlich der Verpflichtung der Abgeordneten, an den Sitzungen des Reichstages teilzunehmen.

Eine solche Bestimmung ist bereits im § 1 der Geschäftsord-
nung festgelegt, praktisch aber nicht wirksam geworden. Es

Polen verhöhnt den Völkerbund

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. März. Entgegen den in Genf angegebenen
Zusicherungen hat die polnische Regierung nach den bisher
in Berlin eingelangten Nachrichten ihre Truppen noch
nicht von der Westerpforte zurückgezogen. Das Verhalten
Polens wird dadurch noch unerschämter. Die ganze An-
gelegenheit wird darüber hinaus nicht nur für den Völkerbund
bundeskommissar Nolling, sondern für den Völkerbund
überhaupt zu einer Prestigefrage, und sollte der
Völkerbund und sein Beauftragter nicht erreichen, daß
Polen keine Truppen nunmehr hineinzieht zurückzieht, so
würde das nicht nur ein weiterer Demos für die Ohn-
macht des Völkerbundes sein, sondern auch die Frage
seiner weiteren Existenz in der jetzigen Form sofort
akt werden lassen.

„Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot...“

Kiel, 15. März. Auf den Schiffen der Reichsmarine
wird Donnerstag früh mit einer großen Flaggenparade die
neue, durch Erlass des Reichspräsidenten verordnete Reichs-
kriegsflagge Schwarz-Weiß-Rot mit dem Eisernen Kreuz in
der Mitte zum ersten Male geflattert werden.

Auf dem Gebäude des Standortes Kiel wird die neue
Flagge um 11 Uhr gehißt. Zur gleichen Stunde findet auf
dem Kaiserhof in der Wit eine feierliche Flaggenparade
unter Beteiligung einer Ehrenkompanie statt.

Scheimverammlung in einem Steinbruch

Dresden, 15. März. Eine geheime kommunistische Ver-
sammlung wurde im Gohlschlag Steinbruch von der Polizei
aufgebrochen. Einige 80 Kommunisten aus Dresden, Freit-
tal und Gittersee wurden verhaftet.